

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
24. November 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zettlin (Bundes), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Gurlbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Hornberger Schießen. — Die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft zu den Kriegskrediten. — Die sozialdemokratische Frauenbewegung in Serbien. Von Libertas. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. Notizenteil: Aus dem öffentlichen Leben. — Für den Frieden. — Frauenstimmrecht. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Frauenbewegung.

Hornberger Schießen.

Kaum daß der Deutsche Reichstag seine Tore geöffnet hatte, gab er dem nahezu einstimmigen Willen Ausdruck, die Regierung möge ihm wenigstens ein Dcentchen Recht zur Mitentscheidung in den großen Fragen der Auslandspolitik gewähren. Kaum daß seine Tore durch kaiserliche Verordnung geschlossen worden waren, erfolgte die Antwort der Regierung darauf: Das Manifest, das ein neues Königreich Polen von zweier Monarchen Gnaden schafft. Eine Entscheidung, deren große Tragweite für die gegenwärtige Kriegspolitik, für die Gestaltung der Dinge nach dem Kriege auf der Hand liegt, eine Entscheidung, die trotzdem mit vollständiger Ausschaltung des Reichstags gefallen ist. Dieser wurde wieder einmal vor einer fertigen Tatsache gestellt. Die beiden Vorgänge beleuchten blitzenhell die Entwicklungsstufe nach abwärts, auf der der Parlamentarismus angelangt ist. Was im Reichstag zwischen ihnen liegt, verstärkt ihr klärendes Licht. Unter dem Schlachtendonner des imperialistischen Weltkriegs sind die Reichstagsverhandlungen zum harmlosen Hornberger Schießen geworden. Lassen wir die Tatsachen sprechen!

Der Reichstag verhandelte über den herzlich bescheidenen Antrag seines Haushaltungsausschusses, die Mitwirkung an der auswärtigen Politik betreffend, den wir in Nr. 2 charakterisiert haben. Herr Gröber vom Zentrum setzte bei der Begründung mit einem kräftigen Durakkord parlamentarischen Rechts- und Machtempfindens ein. „Die Kanonen sind die letzten Mittel der Könige,“ so rief er geschichtskundig aus, „die Geldbewilligung ist das letzte Mittel des Parlaments.“ Die Vertreter der Nationalliberalen redeten beinahe wie Anno dazumal, als der Liberalismus noch im Kampfe für politische Ideale gegen den Absolutismus stand. Herr Stresemann beschwore die Schatten des Befreiungskrieges von 1813 und der 1848er Revolution heraus, um von der Notwendigkeit zu überzeugen, „nicht bloß von Neuorientierung zu reden“, sondern „den ersten Schritt dazu“ in Gestalt der geforderten „kleinen Konzession“ zu tun. Als Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft kennzeichnete Genosse Ledebour den vorliegenden Antrag als bloßen „Notbehelf“ und versucht die Forderung vollster demokratischer Regierung. An Gröbers Auferlegung anknüpfend, deutete er auf die Wege zum Ziel. Es ist möglich, „die Neuorientierung durch das Machtmittel der Parlamente zu erzwingen, das in dem Budgetrecht liegt. Wir haben freilich noch andere Mittel, und auch das Volk hat noch andere Mittel, wenn das Parlament versagt.“ Kurz, von den Konservativen abgesehen, stellte sich

der Reichstag in geschlossener Front hinter den Antrag des Haushaltungsausschusses. Als Vertreter des Reichskanzlers hatte Staatssekretär Dr. Helfferich gleichwohl nur eine kühle abweisende Handbewegung dafür. Er betonte, daß „der Tagung der Kommission auch über den Krieg hinaus nicht Folge geleistet werden kann“. Es fehlte nicht an Protesten gegen seine Stellungnahme. „Mit der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Helfferich können wir uns nicht einverstanden erklären,“ versicherte der Nationalliberale von Richthofen. Und das Ergebnis? Das obenerwähnte Manifest läßt keinen Zweifel darüber. Hornberger Schießen.

Bei den Verhandlungen über Schutzhaft, Zensur, Belagerungszustand ging es um Grundelemente der persönlichen, der politischen Freiheit. Die Redner aller Parteien fanden die schärfsten Worte zur Brandmarkung der gemeingefährlichen Übelstände, die auf dem Boden des Belagerungszustandes geil emporschießen. Genosse Dittmann von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erhärtete durch ein vernichtendes Tatsachenmaterial die Willkür der Schutzhaft, die Rechtlosigkeit der Opfer, die Qualen, denen sie preisgegeben sind. Er zeigte dem erregt, ja empört zuhörenden Hause, was führende, sturmpropte Kämpfer des internationalen Sozialismus wie Genosse Mehring und Genosse Luxemburg, was der heranreisende treffliche Nachwuchs, wie die Genossen Meyer, Regge, Orter, die Genossinnen Dunder, Spahn und kaum der Schule entwachsenen Proletarierinnen in der unerschütterlichen Überzeugungstreue ihrer Weltanschauung er dulden. Oft genug, ohne daß ihnen „eine konkrete Straftat“ nachgewiesen werden kann, nur weil sie, wie die Genossen Mehring und Meyer, „eine den Behörden nicht genehme Gesinnung“ befundenen, oder wie Genosse Luxemburg „einen geistigen Einfluß auf die Arbeiterklasse ausüben, der sich im Sinne einer entschiedenen sozialistischen Opposition geltend macht“.

Unter dem Eindruck der angeführten Tatsachen wurde die hochfahrende Antwort des Staatssekretärs Dr. Helfferich geradezu als Provokation des Reichstags empfunden. Der nationalliberale Vizepräsident des Parlaments, Herr Baasche, der wahrhaftig nicht rührseliger politischer „Prinzipienreiterei“ verdächtig ist, erklärte: „Ich glaube der großen Mehrheit des Hauses aus dem Herzen zu sprechen, wenn ich sage, die Ausführungen des Abgeordneten Dittmann haben einen so überzeugenden Eindruck gemacht, daß sie auf Tatsachen begründet waren. Sie haben im Hause einen solchen Sturm der Entrüstung entfesselt, daß man erwartet hätte, daß der Staatssekretär die schärfsten Worte der Verurteilung gefunden hätte. Wenn solche Zustände möglich sind, so wäre es im Interesse des Reichs und des deutschen Volks gewesen, wenn der Staatssekretär offen und ehrlich gesagt hätte: Solche Zustände können und wollen wir nicht dulden.“

Der brausende Entrüstungsturm der Parlamentarier zerrte und riß an gar zu üppig gewucherten wilden Schößlingen des Belagerungszustandes, den Baum selbst aber knickte er nicht. Unbeachtet verhallte Genossen Dittmanns Mahnung:

„Stimmen Sie unserem Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes zu und helfen Sie damit Zustände mit Stumpf und Stiel ausrotten, die eine Schmach und Schande für den deutschen Namen sind.“ Der Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wurde abgelehnt. Ein Kurpfuschermittelchen, so meint man, wird die belagerten und verurteilten Übel heilen. Einstimmig gelangte der Gesetzentwurf der Kommission zur Annahme, der die Schutzhaft regeln und mildern soll. Als Vorsitzender der Kommission und in ihrem Auftrag richtete Genosse Scheidemann „die dringende Aufforderung an die verbündeten Regierungen, so schnell als möglich Stellung zu diesem Gesetz zu nehmen und ihre Zustimmung dazu zu geben“. Aber schon diese Mahnung des getreuesten Eckard der Regierung Bethmann Hollweg lässt den starken Zweifel durchblicken, daß der Wille des Reichstags zur Tat werde.

Zur Behandlung der brennenden Zensurfrage brachte der Reichstag nicht einmal mehr das energische Wort und die stürmende Geiste auf, wie bei den Verhandlungen über die Schutzhaft. „Große Heiterkeit“ hatte im allgemeinen die sittliche Entrüstung über schreiende Vergewaltigung der Presse- und Meinungsfreiheit abgelöst. Einen besonderen Zug erhielten die zweitägigen Zensurdebatten durch den Alt der Notwehr, daß Genosse Stadthagen mit anderem Anklagematerial auch den Vorwärtskonsist auf die Reichstagstribüne tragen musste. Mußte, weil Belagerungszustand und Zensur den Hinterhalt schufen, aus dem der Parteivorstand gegen die oppositionelle Redaktion hervorgebrochen ist; mußte, weil Belagerungszustand und Zensur keinen anderen Weg zur Auflösung des Tatbestandes offen ließen. Auch zur Zensurfrage wäre das nötige parlamentarische Wort die Forderung nach Aufhebung des Belagerungszustandes gewesen. Der Reichstag hat es nicht gesprochen. Er überwies die entsprechenden Anträge zusammen mit einer Vorlage zur gesetzlichen Regelung des Belagerungszustandes einer Kommission. Für die Zwischenzeit verlangt er die Einsetzung einer militärischen Beschwerdeinstanz.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ vom 2. November fasst das Ergebnis der Verhandlungen über Schutzhaft und Zensur also zusammen: „Wer lebt des Glaubens, daß es jetzt zu Ende sei mit alle dem, was Belagerungszustand und Zensur uns in über zweieinviertel Jahren des Weltkriegs gebracht? Wer kann wirklich glauben oder glauben machen wollen, die Reichsregierung werde nun ganz sicher für Abhilfe sorgen? Was über die Schrecklichkeiten der Schutzhaft oder über das Unverträgliche der Zensur gesagt worden ist, gehöre von nun an der Vergangenheit an, werde sich niemals wiederholen? Ein Heuchler oder Narr der, der es glauben möchte; ein kompletter Narr ganz sicher, der das glauben würde!“ Hornberger Schießen!

Der Reichstag hatte sich mit noch anderen Begleiterscheinungen des Krieges zu beschäftigen. Beide sozialdemokratischen Fraktionen riefen ihn auf, wirksamer der Not breitest Volksmassen zu steuern. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion hatte beantragt, die Unterstützung der Kriegerfamilien zu erhöhen. Der Unterstützungsatz sollte monatlich mindestens 20 Mr. für die Frau, 10 Mr. für jeden anderen unterstützungsberechtigten Angehörigen betragen. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sollten verpflichtet sein, angemessene Zuschläge zu zahlen, die mindestens 50 Prozent der angegebenen Sätze betragen müßten. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft forderte mehrere Verbesserungen bei der Anwendung des Unterstützungsgezes, darunter die Aufhebung des harten Paragraphen, daß den Familien von Eingezogenen die Unterstützung entzogen wird, wenn der Soldat eine Gefängnisstrafe von mehr als sechs Monaten zu verbüßen hat. Der Reichstag lehnte alle diese Anträge ab.

Ein Scherlein nur fiel in die Hand der darbenden Kriegerfrauen und -kinder. Eine Resolution, in der der Reichslanzler ersucht wird, die Unterstützungsätze „im Sinne“ des sozialdemokratischen Antrags zu erhöhen und die Gemeinden ge-

setztlich zur Zahlung von Zuschlägen zu verpflichten, „die zur Behebung der Bedürftigkeit notwendig sind“. Die Kriegerfrauen wissen aus bitterer Erfahrung, daß diese Formel auf ein goldenes Nichtschen in einem silbernen Blüschchen hinauslaufen dürfte. Die Regierung aber hat auf des Reichstags beschiedenes Begehren mit einer „ungenügenden Erklärung“ erwidert. Traurig muß das sogar ihr hoffnungsfreudiger Knappe, Genosse Scheidemann, rügen. Wesensgleich liegen die Dinge in Betreff der Ernährungsfürsorge. Knappheit und Teuerung aller Mittel des Lebensbedarfs zeugen blutiges Elend. Der Reichstag nahm — wie mehrmals schon — in breitspurigen „sachverständigen“ Beratungen und Anregungen mit ausgeblasenen Bäden einen großen Anlauf, um Preiswucher, künstlicher Entblößung der Märkte, Bevorzugung der Begüterten entgegenzuwirken. Allein der große Ansatz endete wieder in einem kraftlosen Herumhüpfen vor dem Ziel. Die Regierung aber wird nicht über den Baum helfen, sondern umgekehrt von ihm zurücktreiben. Die treuherzigen Versicherungen des Lebensmitteldiktators sagen darüber genug. Hornberger Schießen!

Der Reichstag ließ sich jedoch nicht heimschicken, ohne zwei „positive Leistungen“ vollbracht zu haben. Mit der Ablehnung des Antrags, der die Enthaftung des Genossen Liebknecht forderte, lieferte er zum zweiten Male die Immunität seiner Mitglieder an die Militärdiktatur aus. Er bewilligte mit zwölf Milliarden die sechsten Kriegskredite. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion fand sich bei dieser positiven Leistung in alter, schöner Harmonie mit den bürgerlichen Parteien zusammen. Wie schon gewohnheitsmäßig auch ohne den Aufwand einer neuen Begründung. Nur die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft störte den brüderlichen Chor durch ihr Nein, eine Erklärung und Genossen Bernsteins Rede. Die positive Leistung des Zwölfmilliardenkredits und das Hornberger Schießen gehören zueinander wie zwei Akte eines Schauspiels, dessen Verfasser und Regisseur der imperialistische Kapitalismus ist. Bis die erwachten Massen mit klarem, kühlem Blick, Erkenntnis zum Willen und Willen zur Tat werden lassen, wird der Parlamentarismus immer ausgeprägter die Wesenszüge des Hornberger Schießens tragen.

Die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft zu den Kriegskrediten.

Nach dem Reichstagsbericht des „Vorwärts“ hat Genosse Bernstein im Namen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft diese Erklärung verlesen:

Die Stellung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu den geforderten Kriegskrediten ist bestimmt durch ihre Stellung zum Kriege selbst, zur Politik, die ihn herbeigeführt hat, und zur Politik, die ihn fortduern macht. Wir sind grundsätzliche Gegner dieses Krieges, wie wir grundsätzliche Gegner aller Kriege sind. Denn alle Kriege haben in unseren Tagen Klasseninteressen und Klassenvorurteile der Herrschenden und Besitzenden zur Ursache. Konflikte zwischen den arbeitenden Klassen verschiedener Länder, die zu ihrer Austragung dieses brutalen Mittels bedürfen, sind eine Unentbehrlichkeit. In keinem Lande hat am Vorabend dieses Krieges die Arbeiterklasse nach ihm verlangt, in allen hat die Sozialdemokratie bis zur letzten Stunde mit Leidenschaft sich gegen ihn aufgelehnt. Wenn er trotzdem hereingebrochen ist, so hat das Überwiegen von Interessen, Einrichtungen und Auffassungen, die wir als verderblich auf das entschiedenste bekämpfen, den Entscheid dafür gegeben. Diese Interessen und Auffassungen: das imperialistische Streben nach Machtausbreitung, die kapitalistische Sucht nach Ausbeutungsmonopolen, ein nationalistischer Dünkel und der Militarismus mit seinen veralteten Ehrebegriffen lassen trotz all der furchtbaren Erfahrungen und Opfer dieses Krieges es zu keinen Friedensverhandlungen, geschweige denn zu einem Friedensschluß kommen. Zu ihnen gesellt sich als Feind des

Friedens das Interesse von Klassen, denen der Krieg ein Mittel ist, auf dem Rücken der breiten Masse der Bevölkerung einen verbrecherischen Wucher zu treiben. (Stürmische Unterbrechungen. — Vizepräsident Dr. Paasche: Derartige Ausserungen kann ich auch im Namen einer Fraktion nicht zulassen!) Die Auswucherung des Volkes, die Zerstörung von Werten, die Zerstörung der Finanzen haben neben dem unerhörten Massenopfer an Menschenleben und Menschengesundheit einen Grad erreicht, der gebieterisch fordert, dem Spiel jener Mächte Einhalt zu tun. Überall nimmt er indes noch ungehemmt seinen Gang. Was insbesondere Deutschland anbetrifft, so kann keiner der Gründe, die man hier für die Notwendigkeit der Dauer des Krieges geltend macht, von uns als stichhaltig anerkannt werden. Wir wollen klar und ohne Umschweife, daß statt der Gewalt der Waffen das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker zur maßgebenden Grundlage der Beziehungen der Nationen gemacht wird, daß der Grundsatz der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit rücksichtslos anerkannt und die Möglichkeit geschaffen wird, diesen Krieg mit Einleitung einer Ära der allgemeinen Abrüstung zu beenden. Die Völker erschneiden den Frieden, der sie erlöst vom Alp des ihren Wohlstand erdrückenden und ihre Sicherheit ständig bedrohenden Militarismus. Ein Friedensprogramm, das diesen Grundsätzen in jeder Hinsicht gerecht wird, würde von ihnen allen mit Begeisterung begrüßt werden. Eine von dem Gedanken der internationalen Solidarität der arbeitenden Klassen mit allen Konsequenzen dieses Gedankens geleitete Politik ist allein imstande, die Arbeiter der Kulturwelt zu einer einzigen großen Friedenspartei zu vereinigen. Die Regierenden geben uns heute das Beispiel größter Ratlosigkeit. Sie konnten den Krieg entfesseln, sie finden aber nicht den Weg, ihm ein Ende zu gebieten. Eine Politik, welche die Völker in die gegenwärtige furchtbare Lage gebracht hat, auch nur mittelbar zu unterstützen, würden wir für Pflichtvergessenheit halten. Wir fordern ein entschiedenes Verlassen dieser Bahn, wir verlangen eine wahrhaft demokratische auswärtige Politik, wie wir für die Verwirklichung der Demokratie im Innern als die beste Friedensgarantie kämpfen. Wir sind nicht in der Lage, die Verantwortung für die Weiterführung der von uns für verderblich erkannten Politik zu übernehmen, und lehnen daher die geforderten Kredite ab.

Die sozialdemokratische Frauenbewegung in Serbien.

Aus Serbien ist uns von einer führenden Genossin der folgende Bericht zugegangen:

Bis zu der Tragödie Serbiens wußte man im übrigen Europa sehr, sehr wenig von dem Land und seinem Leben. Es war dem großen Europa so gut wie unbekannt. Was über Serbien und die Serben berichtet wurde, war fast ausnahmslos recht oberflächlich oder voller Irrtümer. Serbien ist ein junges Land, das erst seit sechzig Jahren ein selbständiges staatliches Leben führt. Fünf Jahrhunderte lang saufte es unter drückendem, fremdländischem Joch, es mußte den verschiedensten Kulturen widerstehen, um seine eigene Kultur zu bewahren. Seine Existenz war immer ein Kampf auf Tod und Leben, ein Kampf um selbständiges nationales Sein oder Nichtsein. Nie war es ganz unabhängig, stets hatte es sich mit vielen, ihm weit überlegenen Feinden auseinanderzusetzen. Serbien hat als Staat eine ungünstige, ja geradezu ungünstige geographische Lage. Deshalb war es schon im Altertum wie auch in der Neuzeit ein Zankapfel zwischen den Großmächten, die gierig danach trachteten, das Land unter ihre Herrschaft, ihren Einfluß zu bringen.

Das serbische Volk hatte im Ausland keinen wahren Freund und mußte sich in den schwersten Zeiten immer selbst helfen. Es lebte bis in die jüngste Vergangenheit hinein unter patriarchalischen Zuständen, abgeschlossen von anderen Völkern. Daher sind auch fast alle modernen Ideen und Bewegungen in Serbien jungen Datums und noch nicht so hoch entwickelt

wie in den anderen, älteren europäischen Kulturstaaten. So ist auch die sozialistische Frauenbewegung erst sechs Jahre alt. Im folgenden ein gedrängter Überblick über sie.

Mit der allgemeinen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mußte sich unvermeidlich auch eine sozialdemokratische Frauenbewegung entwickeln. Am 12. September 1910 fand eine von der Sozialdemokratie Serbiens einberufene Frauenversammlung statt, die die Auffassung der Partei zur Frauenbewegung in dieser Resolution festlegte:

„Die Frau ist durch ihre soziale Lage sowohl nach Geschlecht wie auch als Proletarierin dazu berufen, energischen Anteil an den Kämpfen der Sozialdemokratie zu nehmen. Denn die Sozialdemokratie ist als echte und konsequente Verfechterin der Demokratie die einzige Partei, die grundsätzlich alle privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Gesetze bekämpft, die die Frau in Abhängigkeit und Unterwerfung halten. Und als revolutionäre Partei, die für eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft kämpft, ist die Sozialdemokratie die einzige bewußte soziale Kraft, die die vollkommene Befreiung nicht nur des Proletariats verbürgt, sondern auch der Frau. Diese volle Befreiung kann nur durch die Aufhebung des Kapitalismus und die Aufrichtung der sozialistischen Ordnung verwirklicht werden. Die Versammlung erklärt dementsprechend: Dass die Frauen ein Interesse und die Pflicht haben, durch ihren Beitritt zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation an dem Kampf der Sozialdemokratie teilzunehmen und ihn zu unterstützen. Die Arbeiterin gehört neben den Arbeitern, die Sozialdemokratin neben den Sozialdemokraten.“

Zum Zwecke der systematischen Agitation und der Propaganda unter den Frauen, die im Sinne der vorstehenden Auffassung, also im Geiste des Sozialismus zu betreiben ist, beschließt die Versammlung: 1. Es ist ein Zentralsekretariat der sozialdemokratischen Frauen zu gründen mit dem Sitz in Belgrad. Das Sekretariat tritt durch seine Mitglieder mit Genossinnen in allen Orten des Landes in Verbindung und bereitet für den nächsten Parteitag eine allgemeine Landeskongferenz der sozialdemokratischen Frauen vor. 2. Es wird ein Organ für die sozialistische Agitation und Propaganda unter den Frauen gegründet, dessen Redaktion und Herausgabe von dem Parteivorstand zu unterstützen ist. 3. Die Genossen sind aufzufordern, die sozialistische Frauenbewegung zu fördern und in erster Reihe dafür zu wirken, daß ihre Frauen und Schwestern sich für diese interessieren. 4. Das Sekretariat der sozialdemokratischen Frauen ist ein Organ der Partei, das dem Parteivorstand angegliedert ist und durch seine Sekretärin im festen und steten Zusammenhang mit der Partei steht.

Die Versammlung ist überzeugt, daß sie auf die Zustimmung der Genossinnen und arbeitenden Frauen im ganzen Lande rechnen kann. Sie betont, daß mit der wirtschaftlichen Entwicklung auch bei uns die Frauen in immer größeren Scharen die Fabriken, Werkstätten und Bureaus füllen. Sie weiß, daß diese tatsächlichen Umwälzungen in den Lebensbedingungen auch das Interesse unserer Frauen für das öffentliche Leben erwecken müssen, und daß das Erkennen der veränderten Lage die Frauen dazu treibt, sich für die Beteiligung am öffentlichen Leben und am Befreiungskampf des arbeitenden Volkes zu bilden. Der Kampf für die volle Befreiung der Frau kann nicht mit Erfolg in dem engen Rahmen der bürgerlichen Frauenbewegung geführt werden, mit den Zielen, wie sie von Frauen gepredigt werden, die Anhängerinnen der rechtlichen Gleichheit der Geschlechter sind. Er muß in sich begreifen das Eintreten für alle Forderungen der Frauen auf kulturellem, politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, er muß der Kampf sein, wie er in der ganzen Welt von der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Frauen geführt wird.“

Dem Landesssekretariat der sozialistischen Frauen Serbiens gehören fünf Genossinnen an, die Redakteurin der „Gleichheit“, des Frauenorgans, und ein Delegierter des Partei-

vorstands. Nach der Errichtung des Sekretariats begann eine Zeit reger Tätigkeit. Unser Organ, die „Gleichheit“ wurde 1911 gegründet, es konnte jedoch während des Balkankrieges 1912/13 nicht erscheinen. Am 1. Juli 1914 zählte es trotzdem 3000 Abonnenten. Das Blatt erschien zweimal monatlich und hatte zuletzt eine Beilage, „Die Zukunft“, für unsere Kinder. Die „Gleichheit“ fand bei den arbeitenden Frauen Serbiens großen Anklang, sie wurde gern gelesen und wirkte besonders agitatorisch für die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Partei. Am 1. Mai 1914 nahmen mehr als 2000 Frauen an der sozialdemokratischen Kundgebung teil, und das war das Verdienst der „Gleichheit“. Bald brach der Weltkrieg aus, und unser Blatt konnte nicht weitererscheinen.

Unsere Bewegung hatte mit der Zeit mehr und mehr Erfolge aufzuweisen. Es konnten zwei Landeskonferenzen abgehalten werden. Die erste fand am 28. Mai 1911 statt und war mit 22 Delegierten besucht. Man zählte damals nur 222 gewerkschaftlich und 139 politisch organisierte Frauen. Die zweite Landeskonferenz tagte am 29. Januar 1914, es nahmen 28 Delegierte an ihr teil. Nach dem erstatteten Bericht war eine rege Tätigkeit entfaltet worden. Es hatten 3 große Versammlungen und 4 Vorträge stattgefunden, außerdem 30 Sitzungen und Besprechungen der leitenden Genossinnen, 9000 Flugblätter waren durch Hausagitation zur Verteilung gelangt. Die Hausagitation wurde auch sonst gepflegt. Genossinnen suchten die Arbeiterinnen in ihren Wohnungen auf, weil sich das als die beste Art erwies, die Frauen aufzuklären und zu gewinnen. Unsere Bemühungen waren mit Erfolg gekrönt, denn wir zählten im Jahre 1914 schon 3000 gewerkschaftlich organisierte Frauen, die sich auf das ganze Land verteilt und fast alle auch der Partei beigetreten waren.

Es muß ausdrücklich bemerkt werden, daß auch in Serbien die Arbeit zur Erweckung des weiblichen Proletariats weit schwerer ist als die Agitation unter den männlichen Proletarien. Von dem Augenblick an, wo bei der Proletarierin das Gefühl und die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Bedeutung des Kampfes wachgerufen ist, beginnt ihre geistige Erhebung, die innere Befreiung von Irrtümern, Schwächen und der Macht der Tradition, kurz von der Sklavengesinnung, die der Seele des Weibes Jahrhundertlang eingepflanzt worden ist. Die Frauen denken dann über ihre Lage in der Gesellschaft nach, wie über die Gründe ihrer Unterordnung unter den Mann.

1914 kam es in allen Textilfabriken zu Leskovac zu einer allgemeinen Aussperrung der Arbeiter, beziehungsweise zu einem Streik. Den Anlaß dazu gab unsere Maifeier, an der alle Arbeiter teilgenommen hatten. In den Textilfabriken waren die Arbeitsbedingungen ganz schlecht, geradezu unerträglich. Die solidarisch handelnden Arbeitgeber verstießen gegen alle Vorschriften der Gewerbeordnung. So beschloß die Arbeiterschaft, den Kampf aufzunehmen. Er dauerte vom 18. Mai bis 10. Juli und mußte nur infolge der Kriegserklärung abgebrochen werden. Dieser Kampf wurde in mustergültiger, idealer Solidarität von 840 Arbeiterinnen geführt, es gab in den Betrieben nur einige wenige Arbeiter. Keine einzige Streikbrecherin wurde verzeichnet, keine Verräterin an der Organisation. Das war ein erster und echt proletarischer Kampf der arbeitenden Frauen Serbiens.

Auch während des Weltkriegs war das Sekretariat der sozialistischen Frauen tätig. Die Genossinnen haben durch die sozialdemokratischen Abgeordneten der serbischen Skupstschina (Parlament) ein Memorandum übergeben, in dem sie das Elend der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen und ihrer Kinder schilderten und von der Skupstschina ein Gesetz forderten zur Unterstützung der Familien der Krieger und Notleidenden. Das selbe Schriftstück wurde auch der Regierung zugestellt. Es war von 3000 Frauen unterzeichnet. Auf Grund dieser Eingabe wurde in der Skupstschina ein Unterstützungsgezetz angenommen, nach dem alle Krieger- und Armenfamilien Beihilfe erhalten sollten.

Seit der Begründung des Sekretariats waren die Verhältnisse für die Entwicklung und Betätigung unserer sozialistischen

Frauenbewegung fast stets außerordentlich ungünstig. Serbien hat von 1911 bis 1915 vier blutige Kriege geführt. Es ist nicht nötig, über das namenlose Elend, das sie uns brachten, zu schreiben, weil die ausländischen Genossinnen den Krieg und seine zerstörenden Folgen kennen gelernt haben. Wir serbischen Genossinnen haben bis zur Niederlage Serbiens unsere Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen gesucht, jetzt gibt es jedoch keine Möglichkeit, daß die sozialistische Frauenbewegung als selbständige Bewegung existiert und wirkt. Wir hoffen, daß die Bewegung unserer Schwestern in Deutschland und allen Ländern kraftvoll vorwärts schreitet, den sozialistischen Idealen treu dienend. Die sozialdemokratischen Frauen Serbiens würdigen mit größter Freude die Betätigung und Stellungnahme der Genossinnen, die unentwegt für unsere bessere Zukunft kämpfen, indem sie für die Ideen des internationalen Sozialismus mit Wort und Tat wirken. Trotz dem Donner der Kanonen, trotz der Bomben und Granaten, die fast bis auf den heutigen Tag Vernichtung und Grauen in unser Land tragen, grüßen wir unsere deutschen Schwestern, unsere Schwestern aller Länder mit dem alten internationalen Ruf: „Es lebe das große Ringen des klassenbewußten Proletariats der ganzen Welt! Es lebe der internationale Sozialismus! Es lebe die sozialistische Frauenbewegung aller Länder!“

Libertas.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Auch im zweiten Kriegsjahr haben die Zentralverbände ihre Aufgaben erfüllen können. Nach einer Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften für das Jahr 1915 haben die weiteren Einberufungen der Mitglieder zum Heeresdienst auf die Tätigkeit der Gewerkschaften etwas lähmend zurückgewirkt. Besonders hat es sich fühlbar gemacht, daß es in der Folge an Vertrauensleuten und Funktionären mangelte. Allein trotz dieser und anderer Hemmungen haben sich die Gewerkschaften den schweren Kriegsnöten gewachsen gezeigt. Dafür liefert die vorliegende Statistik den Beweis. Streiks und Aussperrungen von Bedeutung fanden im Berichtsjahr nicht statt. Dagegen kam es vielfach zu Lohnbewegungen wegen Teuerungszulagen. Die Aufbesserung der Löhne beziehungsweise die Gewährung von Kriegszulagen wurden meist durch Verhandlungen erreicht, nicht selten haben die Militärbehörden dabei mitgewirkt. Zu den vielen Aufgaben, die den Gewerkschaften infolge des Krieges erwuchsen, gehörte insbesondere auch die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer und für die Kriegsbeschädigten. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge stachen die Gewerkschaften mit ihrer Tätigkeit leider noch häufig auf Widerstände bei den Behörden. Die Frage der Arbeitsvermittlung wurde durch den Krieg für die Gewerkschaften besonders brennend.

Vor Kriegsausbruch hatten die Gewerkschaften ohne die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter rund $2\frac{1}{2}$ Millionen Mitglieder. Im Jahre 1915 schlossen sie mit 982 863 Mitgliedern ab. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern wurden 172 101 weibliche gezählt. Der Mitgliederverlust ist leider nicht allein auf die Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen, es ist auch die unangenehme Tatsache festzustellen, daß trotz der außerordentlich starken Zunahme der Frauenarbeit 43 700 weibliche Mitglieder den gewerkschaftlichen Organisationen verloren gegangen sind. Erfreulich ist es, daß im Laufe des Jahres 1916 die rückläufige Bewegung zum Stillstand kam, daß eine bemerkenswerte Zunahme der weiblichen Mitglieder erfolgte. Auch Männer sind den Gewerkschaften fahnensüchtig geworden. Selbstverständlich haben die Einnahmen an Beiträgen durch den Rückgang der Mitglieder eine gewaltige Verminderung erfahren. Die Gesamteinnahme ging von rund 70 800 auf 41 500 Mk. zurück. Die Gewerkschaften waren trotzdem in der Lage, ihre bisherigen finanziellen Verpflichtungen vollauf erfüllen zu können, sie vermochten namentlich die Unterstützung der Kriegerfamilien durchzuführen. Für diese wurden seit Kriegsausbruch bis Juni 1916 rund 18 Millionen Mark aufgewendet. Die Ausgaben für Krankenunterstützung verringerten sich stark, auch die für Notstandsunterstützung gingen von etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen im Jahre 1914 auf 1 800 000 Mk. im Jahre 1915 zurück. Während die Gesamttausgaben im Jahre 1914 $79\frac{1}{2}$ Millionen Mark betrugen, beziffern sie sich im Jahre 1915 noch nicht ganz auf 35 Millionen. Die Daheimgebliebenen haben die Pflicht,

die Tätigkeit der Gewerkschaften in vollem Umfang zu ermöglichen. Nach Friedensschluß werden an diese erhöhte Ansprüche herantreten. Deshalb heißt es für alle, mit ganzer Energie und Opferfreudigkeit für die Stärkung der Organisationen Sorge zu tragen. Die Arbeiterinnen, die Genossinnen müssen dabei ihre vollen Schuldigkeiten tun. Keine Lässigkeit! Keine Lässigkeit!

Gegen die Aufbesserung der Arbeitslöhne wenden sich neuerdings gewisse Unternehmerverbände. So wurde vom Unternehmerverband für das Baugewerbe in Sachsen bekannt, daß er sich durch ein vertrauliches Birkular an seine Mitglieder wandte. Welches war der Zweck der Übung? Der Verband verlangte von den Mitgliedern entschiedene Abweisung jeder Forderung der Arbeiter auf Lohnerhöhung. Zur Begründung führte er das sonderbare Argument ins Feld, daß eine Lohnerhöhung gegen die bestehenden Tarife verstöße! Durch die Einberufungen würden die Arbeitskräfte noch knapper, und jeder Bauunternehmer müsse sich die Freiheit bewahren, den Bau eine Zeitlang stillzulegen zu lassen. Das wäre das sicherste Mittel gegen diejenigen Arbeiter, die sich die Notlage der Unternehmer zunutzen machen wollten, um hohe Löhne herauszuschlagen. Wenn die Arbeiter wüßten, daß der Unternehmer sich durch Konventionalstrafen in einer gewissen Zwangslage befindet, so wäre er ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Nach der dringenden Bitte, diese Mahnung ernstlich zu beachten, schließt das Birkular „Mit deutschem Gruß“. Aus dem Schriftstück geht mit aller Klarheit hervor, daß in Unternehmerkreisen vielfach die Absicht besteht, gegen die notwendigen Lohnaufbesserungen mit Hilfe der Unternehmerorganisationen Front zu machen. Von Patriotismus und Wohlwollen für die proletarischen „Volksgenossen“ ist trotz des „deutschen Grusses“ nichts zu spüren.

In der gleichen Bahn gehen die Holzindustriellen vor. Es fand eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter statt, die zu den erhobenen Forderungen der Arbeiter und zu der bevorstehenden Kündigung der Tarifverträge Stellung nehmen sollte. Sie führte zu keiner Einigung. Die Unternehmer erklärten zwar wiederholt, nicht jedes Entgegenkommen ablehnen zu wollen, doch waren ihre Zugeständnisse so winzig, daß die Arbeitervertreter nicht darauf eingehen konnten. Die Unternehmer boten eine Teuerungszulage von 25 Prozent. Bei der Berechnung der Zulage sollten die Tarislöhne von 1914 Geltung haben. Die Herren knüpften an die Lohnaufbesserung die Bedingung, daß die Arbeiter sich ganz allgemein zur Leistung von Überstunden verpflichten sollten. Die Tarislöhne stellen aber im Holzgewerbe schon zu Friedenszeiten durchgängig sogenannte Mindestlöhne dar. Mit ihnen ist lediglich die unterste Lohngrenze für die schwächsten Arbeiter gezogen. Wie niedrig die Vertragslöhne noch in vielen Orten sind, ergibt die Statistik des Verbandes. In mehr als 30 Orten betragen die Vertragslöhne 34 bis 45 Pf., in 40 größeren Orten 46 bis 50 Pf. die Stunde. Beim Lohnzuschlag von 25 Prozent würde die Zulage 11 bis 12 Pf. ausmachen, einen Stundenlohn von durchschnittlich 46 bis 60 Pf. ergeben. Das ist ein Satz, der in keinem Verhältnis zu der jetzigen verteuerten Lebenshaltung steht. Die Verhandlungen mußten deshalb scheitern. Das Reichsamt des Innern will unter seiner Leitung die Parteien zu erneuten Verhandlungen zusammenberufen.

#

Genossenschaftliche Rundschau.

Die meisten der Konsumvereine schließen am 30. Juni ihr Geschäftsjahr und geben dann um die jetzige Zeit ihre Jahresberichte heraus, deren Studium für den, der sich für die Bewegung interessiert, oft recht lehrreich ist. Wir können an dieser Stelle davon nur kurz Notiz nehmen, und auch das nur für die größten und bedeutendsten Genossenschaften. Fast alle diese Berichte können auch diesmal wieder eine erhebliche Zunahme von Mitgliedern feststellen. Wenn alle neueingetreteten Mitglieder den Vereinen auch nach dem Kriege treu bleiben, dann müßte die Bewegung einen riesigen Aufschwung nehmen. Wir haben schon früher einmal den Vorgang spezieller behandelt und darauf hingewiesen, daß die Agitation sich vornehmlich mit die Aufgabestellen muß, die in der Kriegszeit gewonnenen Mitglieder zu erhalten und zu überzeugten Genossenschaftsanhängern zu erziehen, denn sehr oft haben sie nur aus der Not eine Tugend gemacht. Wie nötig die angedeutete Erziehungsarbeit ist, zeigt zum Beispiel der Bericht der Berliner Konsumgenossenschaft. Er meldet einen Zuwachs von rund 26 000 neuen Mitgliedern, sagt aber zugleich, daß andererseits 9828 ausgeschieden sind. Darunter befanden sich 7656, die ausgeschlossen werden mußten, weil sie in den letzten drei Jahren keine Marken abgeliefert, das heißt keine Waren ent-

nommen hatten. Also Papierforscher! Ähnlich wird es fast überall liegen, und das war auch vor dem Kriege schon so. Nach dem Kriege ist mit einer Verschlimmerung dieses Zustandes zu rechnen, wenn es nicht gelingt, der rüdläufigen Bewegung mit Erfolg entgegenzuarbeiten. Immerhin verblieb dem Berliner Verein ein Zuwachs von 16172 Mitgliedern, ihre Gesamtzahl betrug am 30. Juni dieses Jahres 110 467. Damit ist der Zahl der Mitglieder nach diese Genossenschaft an die Spitze aller deutschen Konsumvereine, wahrscheinlich aller Vereine der Welt getreten! Im Umsatz freilich sind ihr andere Vereine überlegen, denn er betrug „nur“ 24½ Millionen Mark. Das ist weniger wie beim Hamburger, Leipziger und Dresdener Verein, immerhin aber gegen das Vorjahr eine Steigerung um über 6½ Millionen Mark. Der Verein hat 124 Verkaufsstellen in 32 verschiedenen Ortsgemeinden.

An zweiter Stelle der Zahl der Mitglieder nach steht der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg. Sein Geschäftsjahr geht gleich mit dem Kalenderjahr. Die „Produktion“ hat im ersten Halbjahr 1916 eine Zunahme von 964½ Mitgliedern zu verzeichnen, deren Zahl damit auf 93 271 gestiegen ist. Daß dieser Verein eine sehr vielseitige Tätigkeit entfaltet, sagt schon sein Name und wurde auch hier wiederholt erörtert. Auf seine Vielseitigkeit mag es auch zum Teil wenigstens zurückzuführen sein, daß der Umsatz zur Mitgliederzahl im Vergleich mit anderen Vereinen in einem gewissen Verhältnis steht. Auf den sehr niedrigen Durchschnittsumsatz pro Mitglied und den hohen Prozentsatz überhaupt Nichtkaufender wurde ebenfalls schon früher hingewiesen. Der Verein führt seit fünf Jahren einen jetzt noch schwelbenden Prozeß wegen Verweigerung der Zahlung von Umsatzsteuer. Die strittige Summe ist inzwischen auf eine halbe Million angewachsen! In der Schlachtzeit wurden für knapp 7,4 Millionen Mark Waren umgesetzt; die Militärlieferungen sind da noch nicht eingerechnet. — Der Konsumverein „Vorwärts“ in Dresden kann mit einer effektiven Steigerung um 2453 eine Mitgliederzahl von 72 203 buchen. Der Umsatz erhöhte sich um bei nahe 3 Millionen, auf knapp 26 Millionen Mark. Der Verein beschäftigt 1105 Personen und unterhält 135 Verkaufsstellen in 67 Gemeinden. Wir haben es hier jedenfalls mit dem ausgeprägtesten aller Bezirkskonsumvereine zu tun. Der Verein besteht 28 Jahre und hat mit der Zeit sieben andere Konsumvereine in sich aufgenommen. Er besitzt 33 Geschäfts- und Wohnhäuser sowie zwei große, moderne Bäckereien, die einen Umsatz von über 5½ Millionen Mark hatten. Ein großes Geschäft — Manufakturwaren usw. — setzte allein fast 1½ Millionen Mark um. — Der Jahresbericht des Konsumvereins München-Sendling konstatiert eine Zunahme von 2304 Mitgliedern. Der Umsatz stieg auf 13,3 Millionen Mark. — Der Mannheimer Konsumverein zählt zurzeit 17 225 Mitglieder, der Umsatz bezeichnet sich auf rund 4,9 Millionen Mark. — Schließlich mögen noch einige Ziffern des bedeutendsten ungarischen Konsumvereins in Budapest gegeben sein. Dieser Verein hat im letzten Geschäftsjahr 1915/16 in bezug auf die Mitgliederzahl einen wohl beispiellosen Aufschwung genommen, denn sie stieg von 31 335 auf 47 218. Das ist ein Zuwachs von fast 16 000 neuen Mitgliedern! Der vierte Teil der Einwohner von Budapest — die Familien der Mitglieder gerechnet — wird nun durch den Konsumverein mit Waren versorgt. Der Umsatz betrug freilich nur 12 165 000 Kronen. Dabei ist allerdings die rasche Vermehrung der Mitglieder zu berücksichtigen, die als Käufer erst im laufenden Geschäftsjahr in Betracht kommen.

Unter der Überschrift: Kaiser und Konsumgenossenschaften widmet die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ eine halbe Spalte einem Vorgang, der offenbar ihrer Meinung nach hochwichtig ist. Sie berichtet, daß der Kaiser am 30. Oktober in Berlin bestimmte Honoratioren empfing, unter denen sich auch der Vorstand des Kriegsernährungsamts befand, und unter diesem wieder Dr. Müller vom Zentralverband. Auch mit ihm habe sich der Kaiser länger unterhalten, über das Gespräch könne „aber begreiflicherweise nicht berichtet werden“. Weiter heißt es wörtlich in der Notiz: „Der erste Konsumgenosschafter und Sozialdemokrat, der in amtlicher Eigenschaft zum Kaiserhof ging, ist jedenfalls in einer Weise aufgenommen worden, die bei der deutschen Arbeiterschaft Anerkennung finden muß.“ Der Inhalt des Gesprächs bilde „einen beachtenswerten Beitrag zur Frage der Neuorientierung nach dem Kriege“. — Was Dr. Müller tut, ist in diesem Fall seine persönliche Sache, und seine Freude über den Empfang sei ihm unbekannt. Auf die deutsche Arbeiterschaft aber sollte die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ doch lieber nicht exemplifizieren. H.F.

Notizenteil.

Aus dem öffentlichen Leben.

Das Urteil gegen Genosse Liebknecht rechtskräftig. Vor dem Ersten Senat des Reichsmilitägerichts in Charlottenburg fand am 4. November die Revisionsverhandlung in dem Prozeß gegen Genosse Karl Liebknecht statt. Bekanntlich ist Genosse Liebknecht in zweiter Instanz vom Oberkriegsgericht zu 4 Jahren, 1 Monat Zuchthaus, 6 Jahren Ehrverlust, Ausstossung aus dem Heere, unter Anrechnung von 6 Monaten auf die Untersuchungshaft verurteilt worden, weil er sich versuchten Kriegsverrats, erschweren Ungehorsams und Widerstands gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben soll. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung Liebknechts ist nun von dem obersten militärischen Gerichtshof verworfen worden. Die Strafe wird damit rechtskräftig.

Diese Entscheidung hatte ein Vorspiel im Reichstage. Wir haben in der letzten Nummer schon kurz mitgeteilt, daß dieser einen Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Haftentlassung Liebknechts abgelehnt hat. In der Sitzung vom 27. Oktober, die darüber zu entscheiden hatte, kamen unter anderem die Motive zur Sprache, die Liebknechts Handeln bestimmten. Der Fortschrittler von Pader beschlug im Auftrag der Kommission die Ablehnung des Antrags vor. Nach ihm nahm Genosse Landsberg als Sprecher der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion das Wort. Er stellte fest, daß Liebknechts Ziel nicht sei, „daß Deutschland zugrunde gerichtet wird, sondern daß ein Friede herbeigeführt wird, der keines der am Kriege beteiligten Länder schwächt, sondern zu einer allgemeinen Verständigung und Versöhnung der Völker führen kann. Diesen Frieden will er dadurch erzielen, daß er die Massen in allen am Kriege beteiligten Ländern in Bewegung setzt, damit sie ihren Willen zur Beendigung des Krieges den Regierenden aufzwingen.“ Genosse Landsberg unterstrich, was ohnehin männlich weiß: daß er mit Liebknechts Politik nicht einverstanden ist. Er plädierte dafür, daß das Verfahren bis zu einer leidenschaftsloseren Zeit hinausgeschoben werde. Als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sprach Genosse Stadthagen. Er trat zunächst für die Immunitätsrechte der Abgeordneten ein und fuhr dann nach der Tagespresse fort: „Liebknecht hat stets mutig und ehrlich für seine Überzeugung gestanden. Am Schluß der zweiten Verhandlung, als ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt wurden, hat er ausgerufen: Nieder mit der Regierung, nieder mit dem Krieg! und hat damit erneut die Quintessenz der Absicht seines Vorgehens bekundet.“ Stadthagen stellte fest, daß es für einen internationalen Sozialisten keinen Landesverrat gebe. „Als die Kunde sich verbreitete,“ sagte er weiter, „die Anklage wegen Kriegsverrat sei erhoben, legten zahlreiche Arbeiter in Berlin die Arbeit nieder, um dagegen zu protestieren. Das zeigt das Rechtsempfinden des Volkes. Das Eintreten für den Frieden ist das einzige, was Liebknecht getan hat. Wenn man denjenigen, der das tut, wegen Kriegs- und Landesverrat bestraft, so ist man jenseits der Grenze jedes Rechts. Gegen den inhaftierten Liebknecht wurde eine Fehde inszeniert, die der Wahrheit ins Gesicht schlug. Im Prozeß erster Instanz war vom Gericht klipp und klar ausgesprochen, daß der Angeklagte lediglich seiner politischen Überzeugung gefolgt ist und daß ehrlose Gesinnung deshalb nicht vorliegt. In der Mitteilung an die Presse wurde dieser Passus ausdrückt und dafür von Fanatismus gesprochen. Zugleich wurde der Presse unter Benützung des Belagerungszustandes verwehrt, das richtigzustellen. Nach der Verhandlung zweiter Instanz kam eine vertrauliche Anweisung an die Redaktionen, daß sie lediglich den offiziellen Bericht mitteilen dürfen. Dieser offiziöse Bericht enthielt den Zusatz, Liebknecht habe auch selbst eingestanden, daß er durch die Flugblattverbreitung und durch die Veranstaltung der öffentlichen Demonstrationen eine Schwächung der deutschen Kriegsmacht beziekte. Es ist unwahr, daß Liebknecht irgendein solches Eingeständnis gemacht hat.“ Genosse Stadthagen betonte stark, daß es sich letzten Endes nicht um das Recht Liebknechts handle, vielmehr um das Recht des Parlaments.

Als letzter Redner sprach Genosse Rühle. Er sagte: „Liebknecht steht dem Antrag so fern wie möglich. Er wird die Ablehnung des Antrags als größte persönliche Genugtuung betrachten und als glänzendste Rechtfertigung der Politik, die er hier vertreten hat, die von Hunderttausenden draußen vertreten wird, und die in Zukunft mit Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit fortgesetzt werden wird trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen. Die Befreiung Liebknechts wird das Werk des arbeitenden Volkes sein, und zwar als eine Frucht des Klassenkampfes, der immer noch den Angelpunkt aller sozialdemokratischen Politik bildet. Die arbeitenden Massen werden sich auf ihre historische Pflicht besinnen, und sie

werden von ihrer Macht Gebrauch machen, um ihren Zielen zum Siege zu verhelfen. Wenn der vorliegende Antrag nicht benutzt wird, um durch das Fenster hindurch den Massen zuzurufen, was sie für ihre Befreiung zu tun haben, so bleibt er ein Spiel mit Worten. Diejenigen, die für diesen Antrag stimmen und gleichzeitig den Raubzug des Imperialismus unterstützen...“ (Vizepräsident Dove ruft den Abg. Rühle wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. Abg. Vogtherr [Soz. Abg.]: „Der Ausdruck war berechtigt.“ Abg. Vogtherr wird ebenfalls zur Ordnung gerufen.) Abg. Rühle (fortfahren): „Diejenigen, die für diesen Antrag stimmen und gleichzeitig die Politik der herrschenden Klasse unterstützen, haben das Recht verwickt, Vertreter der proletarischen Massen zu sein. Ich weiß, daß ich im Sinne Liebknechts spreche und in seinem Sinne handle, wenn ich nicht an dieses Parlament appelliere, sondern an die Millionen, die draußen stehen, und wenn ich diese Millionen aufrufe, ihre Pflicht zu tun.“

Der Antrag der Geschäftsordnungskommission wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Zwei Berliner Jugendgenossinnen wegen Flugblattverbreitung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Wie die Tagespresse mitteilt, standen zwei Jugendgenossinnen vor der 133. Abteilung des Schöffengerichts Berlin: die 18jährige Arbeiterin Hermine Streh und die gleichalte Schreiberin Elisabeth Trobach. Sie wurden beschuldigt, im Juni dieses Jahres Flugblätter verbreitet zu haben, die nicht die vorgeschriebenen Vermerke über Drucker und Verleger oder Herausgeber trugen. Am Tage der Verhaftung des Genossen Liebknecht hatten die Angeklagten derartige unzulässige Zettel in Berlin und Charlottenburg verteilt, außerdem noch größere Flugblätter, in denen unter anderem die Frauen zu einer Protestversammlung gegen den Krieg aufgefordert wurden. Dabei waren sie von der Polizei verhaftet und dann in Schutzhaft genommen worden, die dreieinhalb Monate währte. Die Schutzhaft der beiden jungen Mädchen war ein Marthrium, bleibt zugleich aber auch ein erhebender Beweis von der hohen sittlichen Kraft, die die sozialistische Weltanschauung zu verleihen vermag. Niemand kann ohne die tiefste Bewegung lesen, was Genosse Dittmann über den Fall in der Reichstagssitzung vom 28. Oktober vorgetragen hat, um die schmachvollen Missstände zu beleuchten, die im Schatten der Schutzhaft und des Belagerungszustandes üppig ins Kraut schießen. Genosse Dittmann sagte:

„Zwei 18jährige Mädchen aus Berlin wurden am 27. Juni verhaftet, weil sie Einladungszettel verteilt hatten, in denen die Arbeiterfrauen aufgefordert wurden, in Massen am Potsdamer Platz zu erscheinen, um gegen das Verfahren gegen Liebknecht zu protestieren. Der Inhalt der Zettel verstößt gegen keinerlei Strafgesetze. Auch das ‚Nieder mit der Regierung!‘ auf den Zetteln ist nicht strafbar. Junius alter bezeichnet es sogar als vornehmstes Kriegsziel, den Reichskanzler zu beseitigen, und einer seiner Geistesverwandten hat bekanntlich den gemütvollen Rat gegeben, den Reichskanzler über den Haufen zu schießen. Also trotzdem die Zettel nichts Strafbares enthalten, wurden die Mädchen vom Polizeirevier in Charlottenburg auf das dortige Polizeipräsidium und am anderen Tage im grünen Wagen zum Alexanderplatz gefahren. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dreieinhalb Monate hat man beide Mädchen widerrechtlich in Schutzhaft behalten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat sich nicht gescheut, sie zeitweise mit einer Prostituierten zusammenzupacken. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Pfuirufe.) Wenn die Mädchen aus diesem königlich preußischen Schutzhaus ohne Schaden an Leib und Seele zurückgekehrt sind, so danken sie das nicht zum wenigsten der hohen sittlichen Lebensanschauung, die ihnen im Jugendbildungsverein insbesondere von der Genossin Dunder eingeimpft worden ist, wie sie selbst mit Stolz bekennen. Eine Stelle aus einem Briefe eines der beiden Mädchen zeigt einerseits die Größe der sittlichen und physischen Gefahr, in der sich die jungen Mädchen befunden haben, andererseits aber auch die sittliche Größe, die ihnen die Vertrautheit mit der sozialistischen Weltanschauung verlieh, und die den Schutz von ihnen abprallen ließ. Das Mädchen schreibt: ‚Die vierte der Frauen war eine Prostituierte, die unter Kontrolle stand. Sie sagte, sie wolle wieder einen ordentlichen Lebenswandel führen. Ich will mich über sie in keiner Weise moralisch entrüsten. Ihren geistigen und sittlichen Zustand entschuldigte Abstammung, Erziehung und früheres Leben. Vater und Mutter irreinig, ersterer tot, letztere im Irrenhaus, sie selber von klein auf im Waisenhaus. Abwechselnd in Fürsorgeerziehung, später mehrere Male Arbeitshaus, schließlich Gefängnis und Kontrolle. Sie war jähzornig und etwas nervös. Um des lieben Fri-

dens willen sagten wir nichts, auch wenn sie oft in schamloser Weise aus ihrer Vergangenheit erzählte. Wir waren vorsichtig in bezug auf die Benutzung des gemeinsamen Waschbeckens usw. Sie mochte das als peinlich empfinden, und es kam zu einem Bruch, der das ohnehin unerquickliche Zusammenleben fast unerträglich machte. Nach acht Tagen kam sie dann fort, und wir atmeten auf. Diese Stelle aus dem Briefe eines 18jährigen Arbeitsmädchen ist ein Kulturdokument (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), ist ein glänzendes Zeugnis für den hohen sittlichen Wert der proletarischen Bildungsarbeit (lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), die man jetzt so eifrig verfolgt, aber auch ein Dokument der Schmach und Schande für ein Gewaltsystem, unter dem die sittlichen Empfindungen junger Mädchen derart mit Füßen getreten werden. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die sittliche Gefährdung solcher jungen Mädchen besteht dort auch bei der Einzelhaft, denn die räumlichen Verhältnisse zwingen die Häftlinge, durch die Fenster Ohrenzeugen der von den Strafgefangenen geführten Gespräche zu sein. (Hört, hört!) Darüber schreibt das Mädchen: „Da der größte Teil der Strafgefangenen aus Prostituierten bestand, so war der Charakter dieser Unterhaltungen so, daß sie für jeden Menschen, in dem noch nicht alle Scham, alles Gefühl für Hohes, Reines, noch nicht alles Menschentum vertreten oder erstellt war, eine Qual bedeutete. (Hört, hört!) Zu dem Schmerz über so viel Verkommenheit und Entartung, die sich unter anderen Verhältnissen vielleicht hätten verhüten lassen, gesellte sich der Ekel.“ (Bewegung.) So schreibt ein 18jähriges Arbeitermädchen. Monatelang hat man die beiden Mädchen und manche ihrer Leidensgenossen in dieser Atmosphäre gelassen. (Hört, hört!) Die Sprache ist zu arm, um solche Schamlosigkeit gebührend zu brandmarken.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Uns deutet, daß auch vom Boden des bürgerlichen Rechtes aus betrachtet durch die lange Schlußhaft mit ihren entsetzlichen Einzelheiten die „Missetat“ der beiden jungen Mädchen reichlich geahndet war. Das Gericht war jedoch anderer Meinung. Die Angeklagten selbst standen aufrecht und mutig zu ihrem Tun. Der Vorsitzende äußerte, daß sie bei ihrer Jugend sich wohl der Tragweite ihrer Handlung nicht voll bewußt gewesen sein könnten. Daraufhin erklärten beide junge Mädchen, daß sie sich vollkommen klar darüber gewesen seien, was sie getan hätten. Der Amtsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf je 6 Wochen Strafhaft. In der Begründung des Urteils heißt es, mitbestimmend für das Strafmaß sei der aufreizende Inhalt der Zettel, als strafmildernd komme jedoch das jugendliche Alter der Angeklagten in Betracht. Ferner sei darauf Rücksicht genommen worden, daß die Angeklagten sich bereits längere Zeit in Schlußhaft befunden hätten. Die Schlußhaft wurde jedoch nicht auf die Strafe angerechnet.

Leo Trozky auf dem Schub. Der in Paris lebende russische Revolutionär und Schriftsteller Leo Trozky erhielt den Befehl, Frankreich binnen 14 Tagen zu verlassen. Der Grund dafür ist offenbar darin zu suchen, daß Genosse Trozky der Herausgeber der sozialistischen Zeitschrift „Rascha Slowo“ ist, die in Paris erschien und von der französischen Regierung verboten wurde, weil sie die Grundsätze des internationalen Sozialismus verteidigte und daher scharfe Kritik an allen den Sozialdemokraten übte, die im Zeichen der heiligen Einigkeit und des Burgfriedens die Grundsätze preisgaben. Der „Avanti“ berichtet, daß Spanien dem Genossen Trozky ein Asyl verwehrt, und daß auch die freie Schweiz den unbequemen Gast nicht über ihre Grenzen lassen will. Genosse Trozky befindet sich in einer seltsamen Lage: aus der Heimat hat ihn der Zarismus vertrieben, aus Frankreich ist er ausgewiesen, Deutschland und Österreich sind ihm verschlossen, andere Länder schließen die Tür vor ihm zu. Der „Avanti“ meint, Trozky werde sein Leben im Luftschiff beschließen müssen.

Für den Frieden.

Die Friedenaktion der Vereinigung für demokratische Kontrolle der Politik in England. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ hat der leitende Ausschuß dieser Gesellschaft, der „Große Rat“, am 10. Oktober folgende Beschlüsse gefaßt:

„Der Rat bestätigt von neuem seine unerschütterliche Überzeugung, daß eine dauernde Neuordnung nicht auf der Grundlage eines Friedens gesichert werden kann, der auf das Eroberungsrecht gegründet ist, und dem ein Handelskrieg folgen würde. Voraussetzung einer dauernden Neuordnung ist vielmehr einzige und allein ein solcher Friede, der den Nationalitätsansprüchen gerechte Berücksichtigung angedeihen läßt und den Grundstein zu einer tatsächlichen europäischen Gemeinschaft legt. Der Rat ist der Ansicht, daß dieses

Ziel nicht durch einen verlängerten Bermürbungskrieg erreicht werden kann, der Siegern und Besiegten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ruin bringen muß. Er verlangt daher dringend, daß ein Versuch zur Feststellung gemacht wird, ob wir nicht jetzt durch Verhandlungen alles erreichen können, was der Sieg sichern oder verteidigen sollte. In Anbetracht der günstigen Lage der Ententemächte zu Lande und zur See fordert der Rat ferner die englische Regierung im Verein mit den anderen Vierverbandsregierungen auf, sofort klar und ohne die Möglichkeit eines Misverständnisses die Ziele anzugeben, die sie zu erreichen wünschen, und dadurch Verhandlungen zur Beendigung des Blutvergiebens und zur Schaffung eines Friedens zu beginnen, der nach den Worten des Premierministers zur „Inthronisierung öffentlichen Rechtes als leitenden Gedankens der europäischen Politik“ führen wird.

Der Rat erhebt scharfen Widerspruch gegen den jüngsten Angriff des Kriegsministers gegen jeden Staat, der seine guten Dienste zur Herbeiführung eines gerechten und dauernden Friedens anbieten sollte. Er bestreitet das Recht Lloyd Georges, über diese Frage im Namen des Volkes zu sprechen. Er würde die Vermittlung jedes Volkes oder mehrerer Völker willkommen heißen, die zur Herbeiführung eines dauernden Friedens bestimmt wäre.“

In den neutralen Staaten wird es sicher nicht an Bereitwilligkeit fehlen, den Frieden zu vermitteln. Solange aber bei den kriegerführenden Völkern der Friedenswillen nicht eine solche Macht geworden ist, daß kein Minister mehr wagen kann, ihn als Luft zu behandeln, sind mehr oder weniger fromme Wünsche für einen baldigen Frieden zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Die kanadischen Arbeiter gegen Registrierung und Dienstpflicht. Nach dem „Vorwärts“ meldet die englische Zeitung „Daily Telegraph“ aus Montreal: Die Arbeiterorganisationen haben in verschiedenen Teilen Kanadas gegen den Vorschlag der Kommission für nationale Dienste protestiert. Dieser Vorschlag fordert die Registrierung aller Industriearbeiter als Mittel zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Arbeiterorganisationen weisen die Neuerung zurück, weil die Registrierung sich auf die Arbeiterklasse beschränkt, den Charakter eines Ausnahmegesetzes gegen diese trägt und mithin nicht die Wehrpflicht aller wehr tüchtigen Männer ohne Unterschied der Klasse vorbereitet.

Frauenwahlrecht.

Die Einführung des kommunalen Frauenwahlrechts in Russland sieht ein Gesetzentwurf vor, den der Minister des Innern, Protopopoff, zur Eröffnung der Duma ausgearbeitet hat. Danach soll die Selbstverwaltung der Gemeinden auf folgender Grundlage reformiert werden: 1. Ausdehnung der Rechte und der Zuständigkeit der Gemeinden. 2. Ausdehnung des Wahlrechts. 3. Beteiligung der Frauen an den kommunalen Wahlen. Genaue Angaben liegen zurzeit noch nicht vor. Immerhin scheinen die vorstehenden Angaben auf eine „Neuorientierung“ hinzudeuten, wenn auch nur — in Russland.

Um das Frauenwahlrecht in Holland. Mehreren Tageszeitungen ist aus dem Haag berichtet worden, daß der Minister Cort van der Linden sich im Namen der Regierung gegen jeden Versuch erklärt habe, die Einführung des Frauenwahlrechts durch die bevorstehende Verfassungsreform zu sichern. Wir hoffen, bald Genaues aus Holland selbst zu erfahren.

Eine Befürwortung vollen Bürgerrechts für das weibliche Geschlecht im Deutschen Reichstag. Der Reichstag verhandelte neulich über den Antrag, ihm wenigstens durch einen Ausschuß ein Zielselbstverständnis zur Mitentscheidung über die Auslandspolitik zu gewähren. (Siehe den Leiter in Nr. 2: „Worauf es ankommt.“) In den Debatten dazu begründete Genosse Ledebour als Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die Forderung eines vollständigen demokratisch-parlamentarischen Regierungssystems. In diesem Zusammenhang trat er unter anderem nachdrücklich für das Frauenwahlrecht ein. Er sagte: „Die Weltgeschichte marschiert jetzt mit Siebenmeilenstiefeln. Ich hoffe noch zu erleben, daß die Parlamente in allen Staaten auf breitesten demokratischen Grundlage gestellt werden. Dazu gehört aber, daß auch die Frauen das Wahlrecht bekommen und selbst im Parlament vertreten sind. Durch die Kriegserfahrungen ist auch der eine Einwand widerlegt worden, der immer dagegen erhoben wurde: daß die Frauen nicht Kriegsdienst tun. In allen Tonarten wird jetzt von allen Parteien gerühmt, wie außerordentlich wirksam die Frauen heutzutage die Männer unterstützen. Dann muß man ihnen aber auch das Wahlrecht geben und erst dadurch das

ganze Volk zur Mitwirkung bei der Erledigung der Reichsgeschäfte heranziehen, die in vollster Öffentlichkeit, nicht in geheimen Konventikeln geführt werden müssen. Die Neuorientierung dürfen Sie nicht als Geschenk von der Regierung erwarten, sondern sie kann nur erlämpft werden mit allen Mitteln, die dem Parlament, dem Volke zur Verfügung stehen." Vielfagend genug fand die Forderung des Frauenwahlrechts nur den Beifall der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Aber wen darf das wundern angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen darauf verzichtet hat, gegenwärtig volles Bürgerrecht für das weibliche Geschlecht mit allem Nachdruck zu begehrn.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen im dritten Quartal 1916. Das Überangebot weiblicher Arbeitskräfte, gemessen an der Zahl der offenen Stellen, hat im dritten Quartal andauernd nachgelassen. Die Zahl von 158 Arbeitsgesuchen weiblicher Personen, die nach den Berichten der deutschen Arbeitsnachweise noch im Juni auf 100 offene Stellen kamen, sank im Juli auf 154, im August auf 142 und im September auf 134. Das bedeutet einen Rückgang um 15,2 Prozent, der fast genau der Abnahme männlicher Arbeitsuchender um 15 Prozent entspricht, deren Zahl von 80 bis 60 auf 100 offene Stellen gesunken ist. In den gleichen Monaten des Vorjahres war dagegen eine Steigerung der Angebote weiblicher Arbeitskräfte um 8,3 Prozent zu verzeichnen, ihre Zahl hatte sich von 157 auf 170 erhöht. Der Rückgang der Andrangziffer weiblicher Beschäftigungsloser betrug im zweiten Quartal zwar nur 2,5 Prozent, doch hat er seit April ununterbrochen angehalten. Dies läßt hoffen, daß der Rückgang nicht nur ein vorübergehender sein wird, und daß auch weiterhin mit einer Besserung des Arbeitsmarktes für die Frauen gerechnet werden kann. In allen drei Monaten des Quartals wurde der Gesamtdurchschnitt weiblicher Arbeitsuchender von 134 in folgenden Berufsgruppen überschritten, die im Juni und September diese Ziffern aufwiesen:

	Juni	September
Webstoffgewerbe	628	621
Handelsgewerbe	340	343
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe .	218	236
Fabrikarbeit ohne Bezeichnung . . .	217	162
Papierindustrie	140	135

Den günstigsten Stand zeigen am Ende des Quartals die Landwirtschaft mit 64 und der häusliche Dienst mit 87 Arbeitsgesuchen auf 100 offene Stellen. Im Webstoffgewerbe wird seit Beginn des Quartals erstmalig, aber andauernd die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden von der der männlichen übertroffen. Von der Landwirtschaft abgesehen, ist das in keinem Beruf der Fall. Im September stehen in der Textilindustrie 781 männlichen 621 weibliche Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen gegenüber.

Von den einzelnen Landesteilen weisen immer noch Elsass-Lothringen mit 495 und das Königreich Sachsen mit 258 die höchsten Andrangziffern weiblicher Erwerbsloser auf, während Preußen mit 90 und Hessen mit 94 den niedrigsten Stand haben. An dem Rückgang gegen den Schluß des zweiten Quartals sind alle Landesteile mit Ausnahme von Elsass-Lothringen beteiligt. In 13 Landesteilen (von 24) ist die Abnahme der Andrangziffer seit Juni eine ununterbrochene. Über dem Durchschnitt von 134 stehen 10, unter ihm 14 Landesteile.

Eine ähnliche Besserung des Arbeitsmarktes für die Arbeiterinnen zeigen, wenigstens gegen den Schluß des Quartals, auch die Mitteilungen der Fachorganisationen über die Arbeitslosigkeit weiblicher Erwerbstätiger. Auf je 100 weibliche Mitglieder der berichtenden 37 Verbände kamen Arbeitslose am Stichtag der Monate: Juni 9,5, Juli 9,5, August 9,5, September 8,1.

Diese Ziffern besagen aber noch etwas anderes als die hervorgehobene Tatsache. Nämlich daß die Arbeitslosigkeit der weiblichen Organisierten im September 12mal, im August zirka 14mal, im Juli 10½ mal größer war als die Erwerbslosigkeit der männlichen Mitglieder. Diese betrug nur bei 3 Verbänden im September mehr als 2 Prozent und blieb bei zwei Dritteln aller Verbände unter 1 Prozent. Bei 2 Verbänden, denen der Brauerei- und Filzwarenarbeiter, ist die Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder mehr als zwanzigmal größer als die der Männer.

Über dem Durchschnitt von 8,1 Prozent weiblicher Arbeitsloser hatten am Ende des Quartals 4 Verbände, die folgende Zahlen aufweisen:

	Juni	September
Hut- und Filzwarenarbeiter	59,8 Proz.	45,5 Proz.
Lederarbeiter	71,8	21,0
Textilarbeiter	19	20
Porzellanarbeiter	18,2	15,2

Alle übrigen Verbände bleiben bei weitem unter dem Durchschnitt. Von allen Organisationen mit mehr als 500 weiblichen Mitgliedern hatten die wenigsten weiblichen Beschäftigungslosen die Transportarbeiter mit 0,4 und die Tabakarbeiter mit 0,5 Prozent. Sämtliche Verbände berichteten insgesamt über 23 767 Fälle von Arbeitslosigkeit weiblicher Mitglieder gegen 23 718 im zweiten Quartal. Da aber im dritten Quartal über 156 671 weibliche Mitglieder berichtet wurde, im zweiten Quartal jedoch nur über 149 970, kann von einem kleinen Rückgang gesprochen werden, der auch in der Dauer der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt. Sie stellt sich im einzelnen Fälle auf 22 Tage gegen 23 im zweiten Quartal.

Den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit erkennt man am besten in einer Gegenüberstellung von Mitglieds- und Arbeitslosentagen. Leider ist dabei eine Trennung nach den Geschlechtern nicht durchgeführt. Im dritten Quartal entfielen auf je 100 Mitgliedertage 1,9 Arbeitslosentage gegen 2,1 im zweiten Quartal. Den Durchschnitt überschritten folgende 7 Organisationen:

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter mit	39,5
= = Textilarbeiter mit	11,7
= = Porzellanarbeiter mit	7,0
= = Buchbinder mit	4,3
= = Lederarbeiter mit	3,4
= = Friseurgehilfen mit	2,5
= = Glaser mit	2,4

Da sich hierunter auch die 4 Verbände befinden, die die meisten weiblichen Arbeitslosen haben, so läßt sich ungefähr auf den wirklichen Umfang der Erwerbslosigkeit der Arbeiterinnen in diesen Verbänden schließen. Aus den Berichten läßt sich nicht erkennen, ob bei den arbeitslosen Tagen auch die herabgeminderte Arbeitsdauer beziehungsweise Erwerbsgelegenheit derer mitgerechnet worden ist, die nicht völlig arbeitslos sind, sondern beschränkte Arbeitszeit haben, wie zum Beispiel Textil-, Konfektions- und Schuharbeiter. Bei den letzteren ist dies sicher nicht der Fall. Es ist wirklich nicht denkbar, daß bei allgemeiner Beschränkung der Arbeitszeit in der Schuhindustrie nur rund 13 000 Arbeitslosentage auf 17 700 Mitglieder im Quartal kommen. Bleibt man die beschränkt Arbeitenden zur Berechnung heran, so wäre in Wirklichkeit die Zahl der arbeitslosen Tage eine beträchtlich höhere als die angegebene.

R.

Frauenbewegung.

Arbeiterinnensfürsorge der organisierten christlichen Frauen in England. Kantinen, Erholungs- und Wohnräume für Fabrikarbeiterinnen will die „Gesellschaft Junger Christlicher Frauen“ in England schaffen und sucht durch eine kräftige Propaganda die Mittel dazu zusammenzubringen. In allen größeren Zeitungen fordert sie auf, sie zu diesem Zweck mit Geld zu unterstützen. Die Gesellschaft begründet ihre Bitte damit, daß in den meist über Kopf erbauten Munitionsfabriken alle Einrichtungen der genannten Art fehlen. Den Arbeiterinnen, die schwer arbeiten müßten, sei es nicht möglich, für wenig Geld ein ordentlich zubereitetes Mittagsmahl zu erhalten, und es fehle vor allem auch an geeigneten Aufenthaltsräumen, wo sie die Mittagsmahlzeit einnehmen könnten. Die Schlafstellen ließen alles zu wünschen übrig. Die Christlichen Frauen wollen dafür Sorge tragen, daß nicht zu weit von den Arbeitsstätten in Gasthäusern billige Zimmer für die Arbeiterinnen zur Verfügung gestellt werden. Die Organisation rechnet aus, daß sie für 1 Pfund Sterling (20 Mt.) ein Bett, für 5 Pfund eine Schlafstelle ausstatten, für 20 Pfund eine Schlafstelle bauen und ausstatten könne, für 500 Pfund einen Ruhe- und Erholungsraum. Die Bestrebungen der Christlichen Frauen sind gewiß lobenswert, legen aber eine Frage nahe. Wäre es nicht richtiger, die Unternehmer von Staats wegen durch Gesetz zu zwingen, daß sie für geeignete Unterkunft und durch gute Löhne für ordentliche Ernährung ihrer Arbeiterinnen sorgen? Die Unternehmer ziehen ja nachweislich aus der Arbeitskraft der Frauen Riesengewinne. Natürlich nur in England. Wer anders denkt, sündigt wider den Burgfrieden.

t. b.